



Stadtzeitung der MLPD Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands Stuttgart/Sindelfingen



Drohende Umweltkatastrophe macht keine Corona-Pause

„Wir haben all die Kompromisse satt und dass man uns den Kopf tätschelt“ sagt Greta Thunberg. In alle Talk-shows ist sie eingeladen, aber in Wirklichkeit passiert nichts. Den Ernst der Lage ignorieren die Herrschenden. Bei der Wirtschafts- und Coronakrise konnten in kürzester Zeit Billionen locker gemacht werden, um die kapitalistische Weltwirtschaft zu retten. Bei der Klimakrise wird dagegen gefeilscht wie auf dem Basar, um die Profite der heimischen Konzerne nicht zu gefährden.

Aber „mit der Physik kann man keine Deals machen“, so Greta Thunberg. Und bei der Klimakatastrophe sind Kippunkte erreicht. Die großen Eismassen der Erde schmelzen, die Gletscher, das Eis am Nordpol, die Eisschilde auf Grönland und am Südpol. Weltweit hat der Temperaturanstieg ca. 1,2 °C erreicht, in Deutschland bereits ca. 1,5°C. Die Folge: steigender Meeresspiegel, regionale Umweltkatastrophen wie Waldbrände, Dürrekatastrophen und anderswo Überflutungen, Waldsterben und Wirbelstürme. Die wissenschaftlichen Fakten sprechen eine klare Sprache: Wenn die Katastrophe

noch abgefangen werden soll, dann muss bis 2030 die weltweite Emission von Treibhausgasen um 70 - 90 % reduziert sein. Die Klimakatastrophe ist aber nur ein Teil der globalen Umweltkatastrophe: Die Zerstörung regionaler Ökosysteme, die Zerstörung der Ozonschicht, die beschleunigte Vernichtung der Wälder, das Artensterben, umkippende und vermüllte Weltmeere, rücksichtsloser Raubbau an den Naturstoffen sind weitere. Globale Gesundheitskrisen wie CORONA sind eine neue Folge. Hauptverursacher ist das kapitalistische Profitsystem. Mit der internationalisierten kapitalistischen Produktionsweise, ihrer Jagd nach Maximalprofit und Weltmarktführerschaft werden unsere natürlichen Lebensgrundlagen zerstört. Das ist heute eine Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus. Für einen wirklichen Paradigmenwechsel ist eine sozialistische Gesellschaftsordnung die Voraussetzung, denn nur dann ist nicht mehr der Profit der Maßstab, sondern die wirklichen Bedürfnisse der Menschen in Einheit mit der Natur.

Auch die schon lange vor Corona begonnene Weltwirtschaftskrise hat ihren Ursprung im Kapitalismus: weltweite Über-

produktion und mega viel überschüssiges Kapital, das nicht mehr profitbringend eingesetzt werden kann. So geht Daimler nach der Devise vor: „Es gibt zwar zu viele Autos, aber zu wenig Mercedes“ und strebt nach einer weltmarktbeherrschenden Stellung im Premiumbereich. 13 000 Arbeitsplätze wurden im Konzern allein im letzten Jahr vernichtet.

Allein 4.000 Arbeitsplätze will Daimler in Stuttgart-Untertürkheim jetzt vernichten, in Sindelfingen stehen Arbeitsplätze in der gleichen Größenordnung auf der Kippe. Tausende Familien, die ganze Region mit Kleinbetrieben, Gastronomie und Kultur ist in Wechselwirkung mit der Coronakrise betroffen. Am 8. Oktober sind deshalb 4.000 Daimlerarbeiter in Protestzügen durch das Werk gezogen, in Mettingen auch aus dem Werk gekommen – ein gutes Signal.

AfD und Konsorten wollen die Beschäftigten in der Autoindustrie gegen die Umweltschützer, Gewerkschaften, Linke und Kommunisten aufhetzen als die Schuldigen für Entlassungen wegen der Umstellung auf Elektromobilität. Aber Daimler treibt nicht die Sorge um die Umwelt an. Die Verbrennungsmotoren sollen in Polen oder Ungarn weiter gebaut werden, weil es dort billiger ist. Mit E-Antrieb in Luxuskarossen ist die Weltmarktführerschaft im Visier. Jedes Jahr werden weltweit 70 Millionen PKW produziert. Sollen künftig alle mit E-Motoren und Batterien laufen? Das bedeutet die nächste Stufe der Umweltkatastrophe durch die Plünderung der Rohstoffe. Für eine lebenswerte Umwelt vor allem in den Städten muss der Individualverkehr mit Autos unabdingbar reduziert werden. Dass die halbe Welt am Nabel der Autoindustrie hängt, kann nicht das Ende der Geschichte sein.

Wir brauchen Arbeitsplätze und Umweltschutz!

Tausende neue und qualifizierte Arbeitsplätze - bei erneuerbaren Energien und massivem Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs. Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr!

Schluss mit Kohlekraftwerken und Verbrennungsmotoren bis 2030!

Aktionsbündnisse mit der Umweltgewerkschaft rufen zu Protestaktionen auf:
Stuttgart Schlossplatz
Sa. 14.11.2020, 14 Uhr und
in Böblingen Mercaden/
Bahnhofsvorplatz
11.30 bis 13.00
alles coronagerecht

Rettet die Umwelt vor der Profitwirtschaft – Gib Antikommunismus keine Chance!

Millionen von Jugendlichen gehen weltweit auf die Straße für die Rettung der Umwelt. Dabei entwickelt sich auch eine breite kapitalismuskritische Strömung gegen die Hauptverantwortlichen der Umweltzerstörung, die herrschenden internationalen Monopole. Und das ist gut so!

Die Diskussion um eine gesellschaftliche Perspektive ist dringend notwendig, angesichts eines beschleunigten Übergangs in eine globale Umweltkatastrophe. Die Herrschenden tun aber alles dafür, dass die Alternative Sozialismus nicht unter den Menschen diskutiert wird. Der Antikommunismus verteidigt den Kapitalismus als alternativlos, er möchte erreichen, dass die Umweltbewegung systemkonform bleibt. Es wird geleugnet, dass alle ehemals sozialistischen Staaten großes Gewicht auf den

Umweltschutz gelegt haben, denn ein Grundprinzip des Sozialismus ist die Herstellung und Höherentwicklung der Einheit von Mensch und Natur. Damit wurden sowohl in der Sowjetunion als auch in China, so lange sie noch sozialistisch waren, wegweisende Verfahren im Einsatz regenerativer Energien, Kreislaufwirtschaft, Aufforstungen usw. entwickelt. Durch die Wiederherstellung des Kapitalismus in allen ehemals sozialistischen Ländern sind viele dieser Ansätze wieder verloren gegangen und der Umweltschutz wurde mit erschreckenden Folgen missachtet!

Der Antikommunismus hat sich schon immer gegen fortschrittliche, sozialistische Ideen und Bewegungen gewendet und sie schlecht gemacht. Heute, wo die

Krisenhaftigkeit des Kapitalismus immer deutlicher wird und das Ansehen des Sozialismus wieder wächst, tritt er wieder massiv in Erscheinung. In allen Medien, aber auch in fortschrittlichen Bewegungen wie der Umweltbewegung, in Betrieb und Gewerkschaft versprüht er sein spalterisches Gift mit dem Ziel den Kapitalismus mit all seinen Folgen zu verteidigen.

Schon Heinrich Mann sagte: „Der Antikommunismus ist niemals etwas anderes gewesen, als die billige Ausrede, um jede Verbesserung der menschlichen Lage in Verruf zu bringen.“

Deshalb, unterstützen Sie die Bewegung: „Gib Antikommunismus keine Chance“ Unterschriften und verbreiten Sie den Aufruf weiter.
www.gibantikommunismuskeinechance.de



Einladung zur Bildungsveranstaltung: Lenin – ein rotes Tuch?

Der Film, der am 15.11.20 im Arbeiterbildungszentrum -ABZ gezeigt wird, dokumentiert die spannende Podiumsdiskussion vom 22. August zwischen Stefan Engel (Leiter der Redaktion REVOLUTIONÄRER WEG, MLPD), Gerd Koenen (Autor der Ausstellung „Der Kommunismus in seinem Zeitalter“) und Dieter Klauth (Redaktion Rote Fahne).

„Ein demokratisches Streitgespräch über das Leben und Werk Lenins zwischen einem erklärten Antikommunisten und Marxisten-Leninisten – das habe ich so noch nicht erlebt“, berichtet ein Teilnehmer. Nach der Filmvorführung gibt es eine Diskussion.

Der Kapitalismus beweist immer deutlicher seine Unfähigkeit, auch nur ein einziges Menschheitsproblem zu lösen. Deswegen ist es ein Bedürfnis vieler Menschen, über den Sozialismus als alternatives Gesellschaftssystem und entsprechende Erfahrungen aus der Vergangenheit zu sprechen.

Lenin, der Anführer der sozialistischen Oktoberrevolution und des ersten Landes, das den Sozialismus aufgebaut hat, spielt dabei eine große Rolle. Die Veranstaltung findet im Rahmen der Bewegung „Gib Antikommunismus keine Chance!“ statt. Sie fordert unter anderem eine demokratische und offene Diskussion zu diesen Fragen.

Ein direkter, verbaler Schlagabtausch zwischen Kommunisten und einem erklärten „linken Antikommunisten“ – wer wissen will, wie das ausgeht, ist herzlich eingeladen!

Filmvorführung mit anschließender Diskussion mit Monika-Gärtner-Engel, stellvertretende Parteivorsitzende der MLPD
Sonntag 15. November, um 14 Uhr im Arbeiterbildungszentrum - ABZ, Stuttgart, Bruckwiesenweg 10, Tel. 3360703
Eintritt 4 Euro, ermäßigt 2 Euro (wegen Corona eingeschränkte Teilnehmerzahl. Anmeldung beim ABZ erforderlich)

"MOTOR der Solidarität"

Solidaritätskreis für die Daimlerkollegen gegründet.



Unmittelbar nach der Ankündigung von Daimler, allein in Untertürkheim bis 2025 4000 Arbeitsplätze zu vernichten durch die Verlagerung der Motorenproduktion aus Profitgründen unter anderem nach Polen, wurde ein Solidaritätskreis gegründet. Die Tatsache sprach mit einer Teilnehmerin.

Wie seid Ihr auf die Idee gekommen den Solidaritätskreis zu gründen?

Ich wohne in Untertürkheim und habe viele Freunde, die bei Daimler arbeiten oder die Familienangehörige bei Daimler haben. Wir haben in der Zeitung gelesen, was Daimler vorhat und waren entsetzt. An diesen 4000 Arbeitsplätzen hängen tausende Familien, viele Zulieferfirmen und weitere Existenzen, wie der Einzelhandel usw. Vor allem aber sind diese Arbeitsplätze für die Jugend verloren. Das ist eine regelrechte Kriegserklärung an die Bevölkerung. Wir haben in Gesprächen erfahren, dass viele Menschen im Stadtteil auch der Meinung sind, dass Daimler damit nicht durchkommen darf.

Wir wollen die Daimlerarbeiter ermutigen, gegen die Arbeitsplatzvernichtung zu kämpfen. Deshalb haben wir den Solidaritätskreis gegründet.

Was bringt so ein Solidaritätskreis den Daimlerarbeitern denn?

Die Daimlerbelegschaft hat am 8. Oktober mit ersten Protestaktionen in Untertürkheim und Mettingen gezeigt, dass sie nicht gewillt ist, sich das gefallen zu lassen. Aber es ist heute nicht einfach, einen Kampf für Arbeitsplätze zu führen. Der Konzern übt einen großen Druck auf die ArbeiterInnen aus. Muckt man auf, gibt's Mobbing und Sanktionen. Daimler ist da nicht zimperlich. Manche hoffen auch nicht persönlich betroffen zu sein oder sich in die Altersteilzeit zu retten.

Man braucht viel Mut einen konsequenten Kampf, z.B. einen richtigen Streik, zu entwickeln. Da stellen sich viele Fragen: Was sagt meine Familie dazu? Wird dann nicht das Geld zu knapp? Was, wenn ich dann gekündigt werde? Wir wollen von Anfang an den Daimlerarbeitern sagen: Wer kämpft, bekommt Unterstützung. Wir stehen hinter Euch. Keiner wird im Regen stehen gelassen. Wir finden es wichtig, dass viele mitmachen. Und zwar nicht nur aus Untertürkheim. Daimler prägt die ganze Stadt und die Daimlerbelegschaft lebt in ganz Stuttgart und darüber hinaus.

Was habt Ihr denn bisher unternommen. Und wie kann man bei euch mit-

machen?

Wir haben uns als erstes einen Namen gegeben: „MOTOR der Solidarität.“ Dann haben wir gemeinsam ein Transparent gemalt. Das hat Spaß gemacht. Damit sind wir in die Stadt auf die Montagsdemo gegangen.



Jetzt sind wir gerade dabei ein Informations- und Werbeblatt zu erstellen, denn wir wollen noch viel mehr Mitstreiter gewinnen, die die Solidarität unterstützen mit ihren Ideen, Initiativen und Fähigkeiten. Jeder kann helfen, wie es ihm eben möglich ist.

Normalerweise treffen wir uns jeden zweiten Mittwoch um 18.30 im Arbeiterbildungszentrum im Bruckwiesenweg 10, in Untertürkheim. Wie das jetzt aufgrund der Coronamaßnahmen überhaupt möglich ist, müssen wir aber noch klären. Auf jeden Fall sind alle, die den Solidaritätsgedanken gut finden, herzlich eingeladen mitzumachen. Meldet euch einfach bei Irene Werner, Telefon 0172-6336213



Frauencafé Untertürkheim diskutiert über Schule in Coronazeiten

Vor zwei Wochen tauschten sich verschiedene Mütter, Omas, Freundinnen und eine Lehrerin bei einem Frauencafé über die Situation in den Schulen aus.

Alle waren überrascht, dass wenig über die individuellen Maßnahmen hinaus, wie Masken tragen, Abstand halten, Hände waschen und Lüften dazugekommen ist. War doch seit März und in den sechs Wochen Sommerferien Zeit, um wirkliche Veränderungen in den Schulen und Klassenräumen umzusetzen.

Wir sind nach der Diskussion zur Überzeugung gekommen, dass Kinder den größtmöglichen Schutz brauchen, sie sind die Zukunft, denn nur aus gesunden Kindern werden gesunde Erwachsene.

Wir haben uns überlegt:

Für den Schulbetrieb braucht es sofort neben durchdachten Hygienemaßnahmen

die Halbierung der Schulklassen mit Neueinstellung von Lehrern, Einsetzen von Lehramtsstudenten und ausreichend digitale Ausrüstung für online-gestütztes Lernen.

Weiter brauchen unsere Kinder täglich vernünftige kostenlose Schutzmasken.

Sie brauchen Luftfiltergeräte in jedes Klassenzimmer, die die Aerosole herausfiltern.

Bisher wurden im Bildungswesen nicht wirklich konsequente Schutz- und Gesundheitsmaßnahmen ergriffen, um den Schulbetrieb sicher weiter laufen zu lassen, wofür wir uns unbedingt einsetzen.

Deshalb schlagen wir vor: Organisieren wir gemeinsam und solidarisch den Kampf für konsequente Schutz- und Gesundheitsmaßnahmen. Und lassen wir uns das Recht aufs Kämpfen nicht verbieten.

Aber wir grenzen uns auch ab von den Querdenkern. So berichtet eine Teilnehmerin: „Neulich kam eine Frau mit Button von den Querdenkern in eine Arztpraxis und wollte ohne Maske im Wartezimmer Platz nehmen. Ich forderte sie höflich auf ihre Maske anzuziehen, da sie uns alle anstecken könnte. Sie tat es nicht, ging hinaus und raunzte, ich hätte sie rausgeworfen. Ich ging ebenfalls hinaus, und sagte: "Nein, ich habe Sie nur gebeten eine Maske zu tragen."

Positionieren wir uns – auch im Alltag – gegen solche individuellen, reaktionären und unwissenschaftlichen Positionen, die von den Querdenkern und der AFD hereingetragen werden.

Lernen wir mit Covid-19 wissenschaftlich umzugehen. Kritik an der kapitalistischen Gesundheitspolitik muss links sein!



Corona positiv -was nun?

Ein Erfahrungsbericht von Anke Jäckh, Bundestags-Direktkandidatin der Internationalistischen Liste/MLPD für den Kreis Böblingen

ist das möglich.

Weiter stellte sich heraus, dass man nach zehn Tagen wieder „gesund“ ist, sofern man sich beim Gesundheitsamt meldet und sagt, man habe keine Symptome.

Mein Mann war positiv, hatte aber keine Symptome. Woher soll man dann wissen, ob er als Hochrisikopatient nach zehn Tagen wirklich negativ ist? Da der Pflegedienst erst kommt, wenn man einen negativen Test vorweisen kann, ließen wir uns beide auf eigene Kosten nochmal testen, zum Glück beide negativ.

Statt eines wirksamen Gesundheitsschutzes durch kostenloses Testen und anderen Maßnahmen werden die Lasten und Einschränkungen auf die Bevölkerung abgewälzt. Was die großen Monopole brauchen, läuft aber ungehindert weiter, damit reibungslos Profit gemacht werden kann!

Obwohl die Hygiene Maßnahmen in den Daimler Betrieben zum Teil haarsträubend sind: Keine Schichtentzerrung, die Wege von und zur Arbeit dadurch überfüllt, oft kein Händewaschen am Band möglich, Desinfizieren der Maschinen auf Kosten der Zeit für Gruppengespräche,

die angeblich nicht mehr möglich sind. Aber Schulter an Schulter arbeiten ist erlaubt!

Die MLPD forderte schon im März in ihrem Sofortprogramm für Gesundheitsschutz flächendeckende kostenlose Testung für Pflegeeinrichtungen, Schulen, Betriebe, Kontaktpersonen.

Bei der weltweiten Forschung für einen präventiven Impfstoff ist die kapitalistische Konkurrenz das entscheidende Hindernis. Jeder will der erste sein bei der Beherrschung des millionenschweren Marktes.

Für einen Gesundheitsschutz jenseits von Konkurrenzkämpfen und Profitdenken brauchen wir einen Paradigmenwechsel für eine sozialistische Gesellschaft, in der Gesundheitsschutz, wirtschaftliche soziale und kulturelle Bedürfnisse der Menschen im Einklang miteinander stehen. Für solch eine Zukunft kandidiere ich auf der Internationalistischen Liste/MLPD für die Bundestagswahl 2021. Als langjährige Arbeiterin beim Daimler, Vertrauensfrau und Betriebsrätin weiß ich wovon ich spreche: Für eine Zukunft für unsere Kinder in einer intakten Umwelt!

Vor ca. vier Wochen hatte ich eine Erkältung und da ich wegfahren wollte, ließ ich mich, mehr sicherheitshalber, auf Corona testen. Oh Schreck, wider Erwarten positiv.

Trotz Fieber war ich dann erst mal tagelang damit beschäftigt, das Gesundheitsamt zu erreichen, informierte dann selbstständig alle meine Kontakte und beriet mit ihnen, was zu tun ist. Erst am dritten Tag rief mich eine Dame aus dem Sindelfinger Rathaus an, erfasste meine Kontakte und schickte mich in Quarantäne. Dann stellte sich heraus, dass Kontaktpersonen grundsätzlich nicht getestet werden. Erst wenn man Symptome hat,

Stadt Sindelfingen verweigert Gesundheitsschutz für Geflüchtete

Nachdem eine befreundete Flüchtlingsfamilie im September positiv auf Corona getestet wurde, wurde die Gemeinschaftsunterkunft, in der sie mit 75 Personen leben, für eine Woche komplett unter Quarantäne gestellt.

Es bildete sich, von der MLPD angeregt, eine Initiative zur Unterstützung der Forderungen der Bewohner nach Gesundheitsschutz in den städtischen Gemeinschaftsunterkünften bzw. deren Evakuierung und die Verlegung der Bewohner in sichere Unterkünfte. Ein Offener Brief an den OB und die Gemeinderäte sowie ein Leserbrief wurden in der SZBZ veröffentlicht und ca. 70 Unterschriften dafür gesammelt.

Obwohl die betroffene Familie erst zwei Wochen vorher aus einer Unterkunft des Landkreises mit einer kleinen, aber abgeschlossenen Wohnung, aus formalen Gründen in die städtische Massenunterkunft zwangsverlegt wurde, behaupteten die VertreterInnen der Stadt, eine Infektion in der Unterkunft sei unmöglich.

Dabei gab es dort bereits im Juli einen Coronafall, der betroffene Bewohner musste sogar im Krankenhaus behandelt werden. Inzwischen gibt es einen dritten Corona-Infizierten, der unter Quarantäne gestellt wurde.

Auch nach zwei Gesprächen mit Vertreter*innen der Stadt wurden nicht einmal minimalste Hygienemaßnahmen wie Bereitstellung von an der Wand befestigten Handdesinfektionsmitteln in den Gemeinschaftsräumen umgesetzt, der OB weigert sich, Stellung zu beziehen. Dabei wird am liebsten über Geflüchtete gesprochen, aber nicht mit ihnen. So wollte der Sozialamtsleiter das vereinbarte Gespräch nicht durchführen, nachdem drei von fünf TeilnehmerInnen Geflüchtete waren und auch noch ihre Kinder mitbrachten – welch eine Zumutung für diesen Herren!

Alle Forderungen nach Evakuierung und Verlegung in sichere Unterkünfte wurden mit der Begründung abgeschmettert, es gäbe nicht genügend Wohnungen für Geflüchtete und die Verlegung nach zwei Jahren in eine Landkreis-Unterkunft sei alternativlos.

Die Familie ist verzweifelt: Nach drei Jahren in Deutschland, von einer Mas-

senunterkunft in die andere zwangsverlegt, konfrontiert mit ständiger Bevormundung und Kontrolle ihres Privatlebens, mit rassistischen Vorbehalten und Behandlung als Menschen 2. Klasse, wird ihnen eine gesunde und sichere Unterkunft verweigert, genauso wie die Anerkennung als politisch Verfolgte. Und das nach einer jahrelangen traumatisierenden Fluchtgeschichte aus Kamerun, wo der Mann politisch verfolgt war und sie ihre Kinder zurücklassen mussten in einem vom Bürgerkrieg zerrissenen Land.

Ein wesentlicher Hintergrund ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum bei gleichzeitig hohem Leerstand v.a. von älteren Wohnungen und Häusern. Die Möglichkeit, Leerstand als Zweckentfremdung von Wohnraum zu ahnden (siehe Kasten), wird von den Städten und Gemeinden kaum genutzt. Dabei bezahlt die Stadt Wucherpreise für die Anmietung

Wohnraumschutzgesetz

„Im Rahmen der zum 1. Mai 2014 in Kraft getretenen Verschärfung des Wohnraumschutz-Gesetzes wurden Vermieter und Wohnungsbaugesellschaften in vielen Bundesländern dazu verpflichtet, jede Wohnung zu melden, die länger als 3 Monate leer steht. Leer stehende Wohnungen müssen im Zweifelsfall, etwa bei einer Haussanierung, auch befristet vermietet oder zwischenvermietet werden. Verweigern Vermieter eine zumutbare Zwischenvermietung, kann die Kommune sie per Wohnnutzungsgebot dazu zwingen. Bei Verstößen sieht das Gesetz Strafen in Höhe von bis zu 100.000 € vor.“

(Zitiert nach www.allrecht.de vom 19.9.2019)

der gesundheitsgefährdenden Massenunterkünfte, umgerechnet pro Zimmer von ca. 20 qm, in dem z.T. 4-köpfige Familien untergebracht sind, bis zu 900 Euro! Finden Geflüchtete eine Privatwohnung, bezahlt das Landratsamt höchstens bis zu einer Kaltmiete nach dem Mietspiegel, für eine 4-köpfige Familie 820 Euro.

Dagegen hat der Gemeinderat gerade erst beschlossen, die marode Marktplatz-Tiefgarage für sage und schreibe 150 Millionen Euro grundsanieren zu lassen!

Getreu dem Motto „Jetzt reden wir!“ der Flüchtlings-Selbstorganisation „Freundeskreis Flüchtlingssolidarität“ in der Hilfsorganisation „Solidarität International“ und gemeinsam mit der Couragegruppe, der Montagsdemo und engagierten Einzelpersonen führen wir den Kampf weiter. Mitstreiter sind herzlich willkommen.

Unter der Losung "Refugees are Welcome here" fordern wir:

- **Sofortige Evakuierung von Gemeinschaftsunterkünften mit Gemeinschaftsküchen und -Sanitärbereichen, stattdessen Unterbringung in (unter Corona-Bedingungen) sicheren Unterkünften, Wohnungen, notfalls Hotels bzw. Pensionen**

- **Wahrung der Rechte der Geflüchteten auf Gleichbehandlung. Keine Behandlung wie Menschen 2. oder gar 3. Klasse. Keine „Verschiebung“ von einer Unterkunft zur nächsten ohne frühzeitige, ausreichende Information und ausdrückliche Zustimmung der Betroffenen**

- **Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum**

- **Vorsorge für sichere Lebensbedingungen**

Hoch die internationale Solidarität!





Am 25. November auf die Straße am Tag gegen Gewalt an Frauen

Am 25. November demonstrieren überall in der Welt Frauen und Verbündete gegen jede Form der Gewalt an Frauen. Wir erleben wie gegenwärtig in der Corona-Krise die Lebensverhältnisse sich verschärfen und auch die häusliche Gewalt zunimmt. Besonders die Frauen sind gezwungen die harten Beschränkungen zu meistern. Aber wir erleben auch wie der Kampfwille wächst diese Verhältnisse nicht als gegeben hinzunehmen. So waren in der Ver.di-Tarifrunde die Frauen vorne dran bei den kämpferischen Demonstrationen und Warnstreiks.

Die Frauen und Mädchen in Polen (siehe Bild oben) gehen mutig, selbstbewusst und ausdauernd gegen das rigorose Abtreibungsverbot auf die Straße und bringen das ultrareaktionäre PIS-Regime ins Wanken. In Belarus sind die Frauen mit

ihren wöchentlichen Demonstrationen eine Hauptkraft zum Sturz von Lukaschenko. Auch bei uns geht die Organisierung der Frauenbewegung voran. Auf dem 12. Frauenpolitischen Ratschlag 2019 in Erfurt wurde ein neuer Kämpferischer Frauenrat, bestehend aus 30 Frauen, gewählt. Er traf sich am 24. Oktober 2020 zum ersten Mal und verabschiedete einstimmig mehrere Resolutionen, darunter eine Solidaritätsresolution an die Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben Daimler, Thyssen, MAN und dem Öffentlichen Dienst.

"Wir überbringen die solidarischen Grüße des Kämpferischen Frauenrats von unserem ersten Treffen zur Vorbereitung des 13. Frauenpolitischen Ratschlags", schreiben die Frauen die kämpfen Belegschaften: "In dieser Zeit der Pande-

mie und der Angriffe auf eure Arbeitsplätze sind auch die Familien und gerade die Frauen in den Betrieben und zuhause herausgefordert wie noch nie zuvor. Wir Frauen des Kämpferischen Frauenrats stehen an eurer Seite und erklären unsere Solidarität mit euch. Wir wünschen jedem Einzelnen von euch Mut, Ausdauer und Kraft. Wir alle müssen zusammenhalten!

Am Tag gegen Gewalt an Frauen, dem 25.11.2020, werden wir insbesondere die Frauen auf euren Kampf aufmerksam machen und zur Solidarität mit euch aufrufen."

In Stuttgart finden auf dem Schlossplatz ab 16.30 Infostände statt und 17.30 eine Kundgebung und Demo



Keine Klärschlammverbrennungsanlage in Böblingen!

Was uns hier in Böblingen als nachhaltig und umweltgerecht verkauft werden soll, ist in Wirklichkeit das genaue Gegenteil. 100 000 t Klärschlamm sollen aus Baden-Württemberg nach Böblingen transportiert werden, 400 Tonnen pro Tag, das bedeutet 40 LKW zusätzlich pro Tag. 12 000 Tonnen giftige Asche entstehen pro Jahr. Davon sind nur 1900 t Phosphor. Der Rest ist giftiger Sondermüll. Dazu kommen noch Filterstäube und Filter belastet mit Schwermetallen, Dioxinen, organischen Verbindungen etc. Damit der Klärschlamm überhaupt brennt, muss er entwässert werden. Dabei entsteht mit Ammoniak, Feststoffen und organischen Verbindungen belastetes Wasser, das sogenannte Brüdenkon-

densat. Das muss entweder in Kläranlagen gefahren oder vor Ort weiterbehandelt werden. Insgesamt steckt man weit mehr Energie in die Klärschlammverbrennung rein, als man gewinnt. Für eine lächerliche Erhöhung der Fernwärmekapazität von 43 auf 45 MW (4,5%) müssen pro Jahr ca. 4500 MWh Strom zusätzlich verbraucht werden. Die jährlichen Betriebskosten dieser Anlage betragen 2,5 Millionen €. Und wer bezahlt das? Wir natürlich mit unseren Abwassergebühren.

Es gibt andere Alternativen, wie z.B. eine Nachrüstung der Kläranlagen mit Phosphorrückgewinnung und Aktivkohlefiltern oder IMK Verfahren (integrierte Methanisierung und Kompostierung). Nur 12% der Schwermetalle im Boden stam-

men vom Klärschlamm, 14% vom Mineraldünger, 38% durch Gülle/Mist und 25% durch die Atmosphäre. Das wird uns verschwiegen. Wir brauchen also auch eine gesamtgesellschaftliche Veränderung.

Widerstand ist angesagt gegen die unsoziale und umweltschädliche Klärschlammverbrennung!

Die Zahlen stammen von der Machbarkeitsstudie der Uni Stuttgart, vom RBB in Auftrag gegeben - <https://www.researchgate.net/publication/335404842>

Die Angaben über Schwermetalle im Boden von BUND Position Klärschlamm

Leserbrief

zum Artikel: In der Krise haben Tafelläden leider "Kunjunktur"

Liebe „Tatsach“- Redaktion, in Eurer Ausgabe 2/2020 habt Ihr einen Artikel zu den Tafelläden veröffentlicht. Ich möchte dazu ein paar Anmerkungen machen.

Mit den Tafelläden können sich die bürgerlichen Parteien zurücklehnen und sich auf die Sozialverbände, Kirchen und freiwillige Helfer „verlassen“. So sagte z.B. OB Kuhn 2018 (das war übrigens das Jubeljahr für 25 Jahre Tafelläden) anlässlich seines Besuchs in der Vesperkirche: Was Stuttgart stark mache, sei das Netz unterhalb der Transferleistungen. Da wäre Stuttgart eine starke Stadt und da gehören die Vesperkirche und die Tafelläden dazu.

Genau das aber lehnen viele Erwerbslose und Sozialhilfeempfänger ab: dass sie abgestempelt werden als die „Armen“, denen man das überlässt, was „übrig bleibt“, bzw. was eine so wohlhabende Gesellschaft ansonsten auf den Müll werfen würde. (Übrigens ist es auch für die Discounter ein gutes Geschäft, da sie sich die Entsorgungskosten sparen). Es ist zudem erniedrigend, am Tafelladen anstehen zu müssen – sichtbar abgestempelt als „Arme/r“, wenn's hoch kommt noch mitleidsvoll beäugt. Warum fragt man nicht: Mit welchem Recht wird den Menschen, die erwerbslos sind oder von ihrem Lohn

oder ihrer Rente nicht leben können, verwehrt, dass sie sich aussuchen können, wo und was sie einkaufen möchten? Mit welchem Recht wird einer Mutter zugemutet, dass sie nicht das kaufen kann, was für eine gute und gesunde Ernährung wichtig ist?

Stattdessen ist das ein Normalzustand, dass mittlerweile an die 1000 Tafelläden in Deutschland über Jahrzehnte bestehen! Und irgendwie hat sich die Mehrheit der Bevölkerung daran „gewöhnt“.

Meines Erachtens muss man die Leute konkret auf diesen Missstand aufmerksam machen – z.B. dass eben eine Regelsatzleistung von 446 Euro (ab 1.1.2021 für einen Alleinstehenden) für die monatliche Lebenshaltung nicht ausreichen. Wenn dann noch eine außerordentliche Anschaffung wie ein Kühlschrank oder eine Waschmaschine ansteht und ein Darlehen beim Jobcenter/Sozialamt aufgenommen werden und monatlich abgezahlt werden muss wie weit reichen dann die 446 Euro?! Oder wie kann man ein Kind, das mit 13 Jahren im Wachstumsalter ist, mit täglich von 4,09 Euro (soviel sieht die Regelleistung für Essen und Trinken pro Tag vor) gut und gesund ernähren?!

Tafelläden „lindern die akute Not...“ schreibt Ihr. Nein, sie zementieren die Hartz -Gesetzgebung! Deshalb ist es

notwendig mit der Forderung nach Abschaffung der Hartz – Gesetze als Reform zu fordern: spürbare Erhöhung der Regelsätze (die Berechnung der Ökonomin Irene Becker liegt bei über 600 Euro für Alleinstehende!)

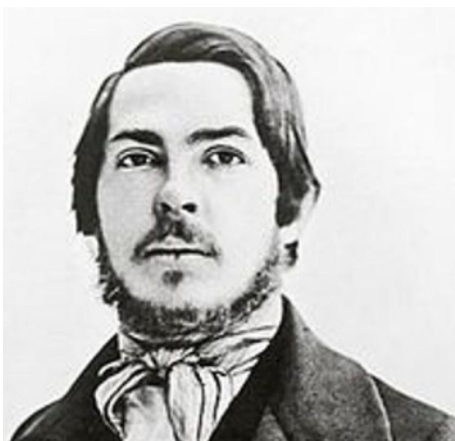
Kinder müssten aus der Bedarfsgemeinschaft völlig herausgenommen werden – und eine eigene Kindergrundsicherung erhalten. (Auch dazu gibt es schon lange ein Bündnis <http://www.kinderarmut-hat-folgen.de>). Für Familien ohne oder mit geringem Einkommen würde diese ebenfalls über 600 Euro pro Kind betragen. Das wäre zunächst eine finanzielle Erleichterung, die auch dazu führen kann, dass Betroffene mehr Kraft haben, sich im Kampf gegen die Hartz-Gesetze zu beteiligen.

Solidarische Grüße



Friedrich Engels - der unterschätzte Klassiker

Filmveranstaltung zu seinem 200. Geburtstag



Friedrich Engels wurde vor 200 Jahren in Barmen im Tal der Wupper geboren. Seit jungen Jahren rebellierte er gegen Konservatismus, Bevormundung und Unterdrückung. Als Sohn eines Textilfabrikanten hätte er ein sorgenfreies Leben haben können. Er hätte mit seinen schriftstellerischen und philosophischen Talenten ein Star im bürgerlichen Kulturleben werden können, doch er entschied sich anders.

nen, doch er entschied sich anders.

Auf seinem Weg über seinen Geburtsort Barmen, seinen Schulbesuch in Elberfeld, seine Kaufmannslehre in Bremen und schließlich sein Wirken in England schonte er sich selbst nicht, prüft hartnäckig und kritisch das eigene Denken und Handeln. So macht er sich mit seinem späteren Freund und Weggefährten Karl Marx auf, zu einer neuen Weltanschauung, die ein wissenschaftliches Fundament für die Befreiung der Menschheit bildet.

"Hart kämpfen, streng denken, aus tiefstem Herzen lieben"

Friedrich Engels hatte eine nicht zu unterschätzende Rolle in der Schaffung der Grundlagen der Theorie des Marxismus-Leninismus. Oft wird er einseitig als Helfer von Marx gesehen. Dabei hat er eine mit Marx gleichrangige Rolle gespielt. Die MLPD hat zu seinem 200.

Geburtstag einen Bildungsfilm erstellt. Mit den Filmveranstaltungen würdigen wir die Bedeutung des Lebenswerks von Engels auch für die heutige Situation im Klassenkampf und Parteiaufbau. Wie ein roter Faden durchzieht die wissenschaftliche Polemik gegen den Idealismus und die Metaphysik und sein Kampf für eine dialektisch-materialistische Weltanschauung sein ganzes Lebenswerk.

Die Premiere findet am 28.11.20 in verschiedenen Städten statt.

in Stuttgart

**Samstag, 28. November 2020
17 Uhr, Einlass 16.30**

Arbeiterbildungszentrum - ABZ
Bruckwiesenweg 10
Stuttgart Untertürkheim



Studiengruppe

der Umweltgruppe der MLPD
zum Buch

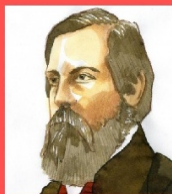
Katastrophenalarm

Mittwoch 14-tägig
in der geraden Woche

Arbeiterbildungszentrum -ABZ



Marx – Engels Lesekreis



2020 hat Engels seinen 200. Geburtstag

*wir lesen Friedrich Engels:
Ludwig Feuerbach und der Ausgang
der klassischen deutschen Philosophie*

Freitag alle 14 Tage in der geraden Woche
von 17 bis 19 Uhr

Arbeiterbildungszentrum -ABZ



Montagsdemobewegung
Montag ist Tag des Widerstand

Stuttgart am Schlossplatz
jeden 2. Montag im Monat.
17.00 Uhr

Sindelfingen Sterncenter

1. Montag im Monat, 18.00 Uhr



Spendet für die tatsäch'

MACH MIT!

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich möchte:

☐ Mitglied in der MLPD werden

☐ ein persönliches Gespräch

☐ Dauerspender werden

☐ den REVOLUTIONÄREN WEG abonnieren

☐ ein Rote-Fahne-Abo

☐ ein Probeabo der Roten Fahne

Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands
Bruckwiesenweg 10, 70327 Stuttgart
Tel.: 0711-2361350,
e-mail: stuttgart@mlpd.de
www.mlpd-stuttgart.de